

# iFijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 640

Mittwoch, 20. September 2017

24. Jahrgang

### Inhaltsverzeichnis

„Sorry“, sagen die Abgeordneten - „Haut ab!“, rufen die DemonstrantInnen.....	1
Die Abgeordneten schützen die Verantwortlichen der illegalen Parteienfinanzierung.....	4
Untersuchungskommission will Immunität des Präsidenten aufheben, der Kongress aber nicht.....	4
Erdbeben schädigt 19.000 Menschen im Westen Guatemalas.....	5
Biopsia, Sept. 2017, von Diana Vásquez Reyna: Die Fehlinformation kommt von der Regierung.....	5

### „Sorry“, sagen die Abgeordneten - „Haut ab!“, rufen die DemonstrantInnen

*Und wieder überschlagen sich die Ereignisse, schlagen in diese Richtung und dann wieder in jene. Die Korrupten kämpfen verzweifelt gegen die, die den Rechtsstaat wollen und gegen jene in der Bevölkerung, die von ihnen die Nase voll haben. Der Kongress spricht dem Präsidenten mit 104 Ja- und 25 Nein-Stimmen das Vertrauen aus, d.h. sie heben seine Immunität nicht auf, damit die Staatsanwaltschaft (MP) gegen ihn wegen der illegalen Finanzierung seines Wahlkampfes ermitteln kann. Dabei hatte der vom Kongress eingesetzte Untersuchungsausschuss genügend Anhaltspunkte dafür gesehen, dass ein Ermittlungsverfahren sehr wohl nötig sei. Die Liga der Straffreiheit – so könnte man polemisch sagen – hat sich durchgesetzt. Und damit nicht genug: In einer Eilsitzung verabschiedete eine Mehrheit aus der Regierungspartei (FCN-Nación) und der grössten Oppositionspartei (UNE) sowie anderen Altparteien eine Änderung der Strafrechtsordnung und wollten eine Amnestie für die Verantwortlichen der illegalen Parteienfinanzierung durchsetzen. Doch auch hier hat ihnen die Menschenrechtsbewegung und das Verfassungsgericht (diesmal einstimmig!) einen Strich durch die Rechnung gemacht. „Sorry“ sagen die Abgeordneten, „Haut ab“, rufen die wieder zahlreicher werdenden, wenn auch noch nicht in Massen strömenden, DemonstrantInnen. So heisst es in der Überschrift einer Reportage aus der Plaza Publica (Alberto Pradilla, 15. Sept), die hier veröffentlicht werden soll. Unsere Kolumnistin Diana Vásquez Reyna war ebenfalls vor Ort und kommentiert die Geschehnisse in ihrer Biopsia. Wieder also steht es unentschieden zwischen der Korruption und dem Rechtsstaat.*

Die UrheberInnen der Reform des Strafrechts, die das Land erschütterte, kamen am Donnerstag in den Kongress und baten um Entschuldigung, schlugen sich an die Brust und waren bereit, das Gesetz zu verbessern, bevor der Unmut im Volke ihnen eine höhere Rechnung ausstellte. Ein paar Stunden später tobte die Menge auf dem Platz. Sie seien „reuevoll“, sagten sie, nachdem sie eine Reform verabschiedet hatten, mit der sie versuchten, die Beschuldigten in der Affäre um illegale Wahlkampffinanzierung, angeführt von Präsident Jimmy Morales, von ihrer Schuld zu entlassen und jenen das Gefängnis zu ersparen, die zu weniger als zehn Jahre Strafe wegen Korruption verurteilt worden sind. Wer schaffte es, die Abgeordneten innerhalb von 24 Stunden in Gang zu setzen und ein Treffen der Fraktionschefs einzuberufen, um den Schaden zu beheben? Der Druck der Strasse, sagen einige. Die wahre „Reue“, sich der „verheerenden Konsequenzen“ der Reformen für das Land bewusst zu sein, weit entfernt von dem Druck ihrer WählerInnen, sagen andere.

Um diesen „Pakt der Korrupten“, wie die Gesetzesreform in den sozialen Netzwerken genannt wurde, zu schliessen, glaubten die Fraktionen, die „die Reaktion der Bevölkerung verachteten“, dass die Proteste nicht das sonst übliche über-

schreiten würden. Sie wussten, dass sie das „aushalten müssten“, bis sie neue reale Ziele erreichen konnten: die Staatsanwaltschaft schwächen, den Leiter der CICIG Iván Velásquez los werden, um die seit April 2015 verlorenen Territorien der Mafia zurückzuerobern. So interpretieren es die Abgeordneten, BeraterInnen und ExpertInnen. Laut einem Abgeordneten von TODOS war die Strafrechtsreform nur „die Spitze des Eisbergs“, der Testlauf, um die Reaktionen zu sehen. Wenn alles gut gegangen wäre, war geplant, in der kommenden Woche ein weiteres Gesetzespaket zu verabschieden, dass die „Korruption legalisiert hätte: Amnestie in Fällen von nicht-existierenden MitarbeiterInnen im Kongress, der Entzug der Möglichkeit für den Rechnungshof, Strafverfahren wegen Unregelmässigkeiten und Gesetzesvergehen in Bezug auf Staatsgelder; dem Präsidenten die Möglichkeit zu geben, die Oberste StaatsanwältIn zu entlassen und Unternehmensverbände steuerlich zu entlasten. Der nächstfolgende Schritt wäre dann – so sagte es Velásquez am Donnerstag gegenüber AuslandskorrespondentInnen – dass Jimmy Morales in den nächsten Tagen vor der UN seine Entlassung als Leiter der CICIG verlange.

Aber die Karten waren schlecht gemischt und verteilt und da gab es keine andere Möglichkeit, als vorläufig einen Rückzug anzutreten. Orlando Blanco von der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE), einer der direkt von der Reform profitiert hätte, da gegen ihn als Generalsekretär ein Ermittlungsverfahren wegen illegaler Wahlkampffinanzierung läuft, senkte seinen Blick, als er den JournalistInnen sagte, dass „wir VertreterInnen des Volkes sind und das Volk mit dieser Entscheidung nicht einverstanden ist. Deshalb müssen wir einen Rückzieher machen“. Dagegen antwortete Javier Hernández, Fraktionschef der Regierungspartei FCN-Nación und einer der UrheberInnen des Reformgesetzes, ohne den Blick zu halten, dass er das Geschehen nicht bereue, er aber den Rückschritt als notwendig akzeptiere. „Wir wissen noch nicht im Detail, was wir behandeln werden“, sagte Hernández, obwohl er derjenige war, der die Gesetzesinitiative einbrachte. Bei dem Treffen der Fraktionsvorsitzenden, in dem der Rückzug beschlossen wurde, beschwerten sich Álvaro Arzú Escobar von den Unionistas und Fernando Linares Beltranena von der PAN, dass „die linken Gruppen aus der Situation gestärkt hervorgehen werden“. Auf den Strassen glaubt niemand an eine Reue der Abgeordneten, noch nahmen sie die Bitten um Entschuldigung, die einige vortrugen, an. In den Strassen in der Altstadt tobten die Proteste.

### **Der Platz tobt**

Als die Abgeordneten für das Gesetzespaket, das die Straffreiheit fördert, stimmten, stiessen sie eine emotionale Taste an, die einen Zustand beschreibt, der zwischen den Protesten, die üblicherweise vonstatten gehen, und einem Demonstrationzug, der die Grenzen überschreitet, changiert. Es sind viele Dinge in den letzten Wochen passiert, aber diese Abstimmung am Mittwoch war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Es war nicht damit getan, dass die Abgeordneten – *nachdem das Verfassungsgericht ihren Gesetzentwurf als verfassungswidrig einstufte und vorläufig kippten (d.Red.)* – einen Rückzieher machten. „Die mischen sich in fremde Angelegenheiten“, sagte eine Frau, die eingewickelt in eine guatemalteckische Flagge auf der Plaza de Constitución stand. „Als ich sah, dass die Zäune gefallen waren, glaubte ich, dass man einen Schritt weiter gehen muss“, sagte Renaldo, ein Mann, der in zwei Jahren sein Jura-studium beendet haben wird – und fasst die Stimmung der meisten zusammen.

Um 18 Uhr machten sich Tausende Menschen auf den Weg durch einen Polizeikordon vor der Kathedrale und schrien ihre Parolen gegen die Straffreiheit. Die Losung war eine von wenigen. Den Zaun niederzureissen, nachdem die Polizei sich zurückzogen, war eine Katharsis. Es gab zwei grundlegende Ideen: die Wut über die Abgeordneten, die sich selbst schützen wollten. Und zweitens die Ausweitung der Straffreiheit. Der grösste Teil der befragten DemonstrantInnen sprachen jedoch nicht nur über die PolitikerInnen, die auf freiem Fuss bleiben würden. Sie sprachen von Erpressung und der alltäglichen Gewalt, die ebenfalls durch diese Gesetze von Verfolgung befreit worden wären.

„Diese Ignoranz ist das schlimmste. Sie sind doch die, die die Gesetze machen. Und jetzt sagen sie uns, dass sie nicht wissen, worüber sie abstimmen?“, fragt Flor Guzmán – wie viele andere. Massnahmen zu ergreifen, die die Straffreiheit ihres eigenen politischen Gremiums garantieren, ist und bleibt schlecht. (.)

„Die Situation ist noch viel schlimmer als 2015. Die wirtschaftliche Lage ist schlechter, die Leute sind noch wütender“, sagte eine Frau, die ihren Namen nicht nennen wollte. Sie ist schon etwas älter – und sie macht eine Geste des Kopfab-schneidens, als wir sie nach ihrem Namen fragen. Sie sei seit zwei Jahren auf diesem Platz. Was wird passieren, bis sich der Kongress wieder zusammensetzt. Für sie liegt der Unterschied darin, dass die Polizei und die Militärs sich im Vorhof der Kathedrale sammeln. Nach ihrer Auffassung sei das ungewöhnlich. Vielleicht ist das eine Generationsfrage. „Sie haben ihren Anstand verloren“, sagt ihr Ehemann – und meint das nicht im religiösen Sinne. „Es stellt sich nicht die Frage, ob die Demonstrationen weitergehen. Es ist die Frage, was sie tun werden“, sagt José Méndez, 20 Jahre alt. Für ihn ist ganz klar, dass „das Volk aufgewacht ist“.

Dieser Gedanke wurde in der Demonstration des Nachmittags häufig geäussert, als noch nicht bekannt war, dass die Abgeordneten zurückrudern mussten. Die linke Abgeordnete Sandra Morán kam nach draussen und erklärte mit einem Megaphon in der Hand, dass der Kongress zurückrudern müsse. Dass am folgenden Tag, am 15. September, eine ausserordentliche Parlamentssitzung anberaumt werde, um das Gesetz zurückzunehmen. „Haut ab!“, antwortete die Menge. (...)

Gehen wir zurück in das Geschehen am Morgen, zu der Demonstration vor dem Kongress. Da waren nicht allzu viele,

ja, aber man spürte eine andere Atmosphäre. „Mit diesem Gedanken des ideologischen Kampfes haben sie das Volk gespalten, aber schlossen einen Pakt untereinander, um sich von ihm abzuschirmen. Das ist unheilvoll. Wenn wir jetzt nicht losgehen, werden sie uns in Geiselschaft nehmen und ein Drogenstaat wird entstehen. Das sage ich als Liberaler, mit akademischem Titel der Universität Francisco de Marroquín. Ich bin kein Kommunist“, sagt Andrés Ferado, 30 Jahre alt. Wenn am Sonntag und Montag die Präsenz der Unzufriedenen eher gering war und am Dienstag die Organisationen der BäuerInnen und Indigenen einen lebendigen Protestzug initiierten, so hat die Abstimmung vom Donnerstag das Panorama der DemonstrantInnen verändert. Während der vergangenen Wochen lief dieser Kampf ab – Jimmy gegen Iván. Für viele TeilnehmerInnen der Proteste war diese Episode Geschichte, als die Abgeordneten am Mittwoch abstimmten. „Sie zwangen uns, gemeinsam gegen die Korruption zu kämpfen“, sagt Ferado.

Wie paradox: Der Kongress, der aus den Protesten von 2015 erwuchs, hatte nun die Bedingungen geschaffen, um den Geist dieser Proteste wieder anzufachen – jedoch angepasst an die neuen Bedingungen. (...) „Die Guatemaltekinnen haben die Schnauze voll von der Korruption, sie rauben uns den Frieden, die Ruhe, wir sind es satt“, sagt Carlos Macario, Student der Politikwissenschaft an der Universität San Carlos und drückt so seine Wut aus, bevor die Abgeordneten ihren Rückzug von dem Gesetzesvorhaben bekannt gaben. So um 12.30 Uhr. Zuvor waren sie gemeinsam mit anderen FreundInnen auf die Fenster des Kongresses geklettert, um „Das Volk will Gerechtigkeit“ auf die Wand zu spraysen.

17.30 Uhr. „Sie drehen uns den Rücken zu. Das Volk wird es nicht mehr zulassen, dass sie für ihresgleichen handeln. Sie haben unser Land verkauft, man braucht sich doch nur die Bande La Línea anzuschauen, die dem Präsidenten, seinem Sohn Gefallen taten und die gefälschte Medikamente verkaufen. Alles BetrügerInnen.“ Mayra Espadero ist ganz ausser Atem, wenn sie all das aufzählt. Sie hört auf zu reden und fühlt ihre Kopfschmerzen. Vor ihr, nahe der Kathedrale, ist die Polizeibarriere noch intakt. Ihre Freundinnen geben ihr Wasser. Und alle rufen weiter im Chor, warum es unabdingbar ist, jetzt zu protestieren. Nochmal der Gedanke: Es ist nicht akzeptabel, dass Abgeordnete jetzt widerrufen, was sie erst 24 Stunden zuvor beschlossen haben. Das ist ein Affront.

In wenigen Minuten fällt der erste Zaun. Alles friedlich. Es herrscht eine festliche Überschwänglichkeit. Es gab einen Verletzten, an den Zäunen. Die zweite Barriere fiel. Auf dem Platz führten die Militärs ihre Massnahmen fort. Vor dem Nationalpalast, mit einem Podium voller Leute, herrscht Euphorie. Es ist, als ob sie den Platz einnehmen werden. „Wir sind es Leid, dass der Kongress Gesetze verabschiedet, die sich gegen das Volk richten. Wir sind die Korruption Leid. Wir wählen sie, damit sie uns vertreten, aber sie kehren uns den Rücken zu und machen Gesetze, die den RäuberInnen und BetrügerInnen, den Mafiosi, die in der Regierung sitzen, nützen. Wir wollen, dass Jimmy Morales vor Gericht gestellt wird und dass der Kongress sich verpissst“, sagt Davidson Coronado, ein Mann, der mit seinem Handy aufnimmt, was die DemonstrantInnen auf dem von ihm besetzten Platz tun. Gleichzeitig aber wollte er eigentlich die Paraden und offiziellen Veranstaltungen geniessen, die für die Unabhängigkeitsfeiern vorgesehen waren.

Einige LeserInnen mögen versucht sein, den Fokus darauf zu lenken, dass zwei Polizeisperren durchbrochen worden seien. An den Sperren haben die DemonstrantInnen tatsächlich mit den Uniformierten darüber gestritten, damit sie teilnehmen können. Sie haben sie daran erinnert, dass „auch sie betrogen worden sind“. An der Kathedrale erklärten Mitglieder des PDH, dass die Uniformierten mit grossen Waffen sich nicht inmitten der friedlichen Menge befanden. „Wir boykottieren nicht das Aufziehen der Fahne“, sagt eine Frau, die eine guatemalteckische Fahne schwenkte. Die Nationalhymne wurde mehrere Male gesungen und sie holten ein anderes Transparent hervor, dass das Ende der Amtszeit forderte: „Wir haben genug von Euch“, sagte sie – und bezog sich auf die Abgeordneten.

Gegen Abend erklärte Präsident Morales in einem Video, das über die sozialen Netzwerke der Regierung verbreitet wurde, dass die Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag abgesagt werden. In Anwesenheit des Vizepräsidenten Jafeth Cabrera und seiner MinisterInnen warf er den DemonstrantInnen vor, „Gewaltakte“ begangen zu haben und das Leben von Frauen und Kindern in „ernsthafte Gefahr“ gebracht zu haben. Er ordnete eine Untersuchung der Vorkommnisse an. Die grosse Frage ist, was jetzt geschieht. Alle, die wir interviewten, versicherten, dass die Proteste weitergehen würden. Das heisst, die Rücknahme reicht ihnen nicht. „Wir brauchen eine Transformation, eine Erneuerung, eine Regierung, die für das Volk da ist“, sagt Juan Antonio Cifuentes, der mit seiner Familie vor dem Palast steht, zu einer Zeit, an dem dort noch die Batucada der Umweltgruppen protestierte.

Zur selben Zeit erklärte das Verfassungsgericht (CC) einstimmig die Änderungen im Strafrecht, die der Kongress beschlossen hatte, für verfassungswidrig und hoben sie auf. Diese Dekrete „stellten eine ernsthafte Gefahr dahingehend dar, dass im Falle des Inkrafttretens nicht wieder gut zu machende Schäden am Rechtsstaat auftreten werden“, erklärte der Verfassungsgerichtspräsident José Francisco de Mata. Die RichterInnen Dina Ochoa, Amílcar Mejía, Gloria Porras und Neftalí Aldana waren sich in dieser Entscheidung gänzlich einig. Dieser vorläufige Einspruch gegen das Gesetz wurde durch die Anträge von Helen Mack und Alfonso Carrillo, dem Ombudsmann für Menschenrechte, Jordán Rodas, Carlos Bezares und Anibal García; Xavier Soria und der BürgerInnenaktion beschlossen. Das Urteil des CC gab dem Land ein wenig Luft zum Atmen, aber deren politische Krise schwelt weiter.

## Die Abgeordneten schützen die Verantwortlichen der illegalen Parteienfinanzierung

**Guatemala, 1.3. Sept.** Der Kongress hat diesen Donnerstag im Eilverfahren Änderungen im Strafrecht verabschiedet, die das Delikt der illegalen Wahlkampffinanzierung betreffen. Dabei werden Generalsekretäre der Parteien grundsätzlich von einer strafrechtlichen Verantwortung befreit und die Verantwortung direkt den SchatzmeisterInnen zugesprochen. Der Antrag wurde von den Abgeordneten Orlando Blanco (UNE), Alejandra Carrillo (Reformbewegung MR), Delia Back (BürgerInnenallianz, AC) und Javier Hernández (FCN-Nación) eingebracht. Die Reformen des Strafrechts, die die illegale Wahlkampffinanzierung betreffen, wurde mit 107 Stimmen bei 16 Gegenstimmen verabschiedet. 19 Abgeordnete waren nicht anwesend.

Der Abgeordnete Blanco, einer der InitiatorInnen, rechnet mit einem Ermittlungsverfahren gegen ihn, nachdem die ersten Untersuchungen der Staatsanwaltschaft (MP) und der (CICIG) Unregelmässigkeiten in den Finanzberichten zum Wahlkampf der UNE im Jahre 2015 ergeben haben. Hernández ist Fraktionschef der Regierungspartei, der vorgeworfen wird, Einnahmen in Höhe von 4 Millionen Quetzales (= 450.000 Euro) für ihren Wahlkampf nicht der Obersten Wahlkommission gemeldet zu haben und auch nicht in ihrer Buchhaltung angegeben haben.

Die illegale Wahlkampffinanzierung wird im Strafrecht unter Artikel 147 Absatz N behandelt: Demnach können Personen dann zu Gefängnisstrafen zwischen vier und zwölf Jahren und einer Geldstrafe zwischen 200 und 500.000 Quetzales (= 22.500 bis 56.000 Euro) verurteilt werden, die Einnahmen für den Wahlkampf einbringen, erhalten oder anweisen, wissend, dass diese Einnahmen aus der organisierten Kriminalität, aus Geldwäsche oder jeglicher anderer kriminellen Art stammen. Die Gesetzesänderung wurden jene Einnahmen, die aus Geldwäsche stammen, aus der Strafverfolgung herausgenommen und für die übrigen die Strafen auf fünf bis zehn Jahre Haft und die Geldstrafen auf maximal 200.000 Quetzales (= 22.500 Euro) reduziert.

Eine weitere Gesetzesänderung bezog sich auf Artikel 147, Absatz O, bei der es um die nicht registrierte Wahlkampffinanzierung geht. Danach sollten Generalsekretäre der Partei von einer Verfolgung ausgeschlossen werden, sofern es Einnahmen gibt, die nicht in den Finanzbüchern der Partei auftauchen.

Schliesslich wurde auch der Artikel 50 des Strafrechts geändert, um Strafen, die zehn Jahre nicht überschritten, in Geldstrafen in Höhe von fünf bis zehn Quetzales (= 56 bis 110 Eurocent) pro Tag zu ermöglichen, und der Artikel 51, um zu ermöglichen, dass nur Rückfällige oder Berufsverbrecher keine Haftbefreiung erhalten können, sofern eine RichterIn feststellt, dass der Beklagte eine soziale Gefahr darstelle. Weiterhin wurden Paragraphen dieses Artikels geändert, die sich mit den diversen Vergehen von Zollbetrug, Steuerflucht und ähnlichen befassen. ( Cerigua)

## Untersuchungskommission will Immunität des Präsidenten aufheben, der Kongress aber nicht

**Guatemala, 13. Sept.** Die Untersuchungskommission des Kongresses hat in Bezug auf das Ermittlungsverfahren gegen Präsidenten Jimmy Morales empfohlen, dessen Immunität zu entziehen, damit die Justizorgane untersuchen können, ob er als damaliger Generalsekretär seiner Partei FCN-Nación, für das Delikt der illegalen Wahlkampffinanzierung verantwortlich ist. **Allerdings folgten ihm die Kongressabgeordneten nicht: 104 stimmten für die Immunität, 25 dagegen. Die übrigen waren nicht anwesend oder enthielten sich.**

Die Kommission bestand – laut Prensa Libre - aus dem Vorsitzenden, Julio Ixcamey (UNE), dem Sekretär, Juan José Porrás Castillo (Vision mit Werten, VIVA), Gabriel Heredia Castro (ebenfalls UNE), Alicia Dolores Beltrán López (EX-LIDER; nun Reformbewegung, MR) und Eva Nicole Monte Bac (ebenfalls ex-LIDER, jetzt BürgerInnenallianz, AC).

Diese Kommission hatte ihren Bericht Sonntagabend an den Kongress weitergeleitet, dessen Inhalt wurde jedoch erst am Montagmorgen bekannt gegeben, als es der Abgeordnete Julio Ixcamey (UNE) als Vorsitzender der Kommission in einer Pressekonferenz vorstellte. Er erklärte, dass der Kommission genügend Anhaltspunkte für die Beteiligung des jetzigen Präsidenten an den fehlenden Berichten seiner Partei zur Finanzierung des Wahlkampfes vorlägen, um dem Plenum die Aufhebung der Immunität anzuempfehlen und den Präsidenten vor Gericht zu stellen. Morales war vom 1. Januar 2015 bis 9. Januar 2016 Generalsekretär der Partei und die Oberste Wahlkommission (TSE) hatte die fehlerhaften bzw. überhaupt fehlenden Jahres-, Monats- und Wochenberichte über die Einnahmen für die Wahlkampagne moniert. (...) Ixcamey sagte, dass die Kommission keinerlei Anhaltspunkte dafür gefunden habe, dass das Ermittlungsverfahren auf falscher oder illegitimer Basis erstellt wurde, aber er versicherte, dass es Gründe für die Annahme gäbe, dass die Einleitung gegen die Person des Präsidenten politisch motiviert sein könnte – und zwar aufgrund des Zeitpunkts und der Form, in der sie präsentiert wurde. Der Abgeordnete sagte, dass ein Prozess gegen Morales politisch gefärbt sein könnte, da die Aufhebung der Immunität zu einem Zeitpunkt beantragt wurde, als Morales bei der UN in New York war, um Fragen zur CICIG zu besprechen.

Nach der Berichterstattung über den Bericht der Kommission erklärte Ixcamey im Namen seiner Partei, dass die UNE sich bei ihrer Entscheidung über eine Aufhebung der Immunität des Präsidenten moralisch und persönlich verantwortlich gegenüber ihren Werten zeigen würden. Der Ombudsmann für Menschenrechte, Jordán Rodas Andrade, twitterte, dass um der Wahrheit und der Gerechtigkeit willen 105 Personen notwendig seien, damit gegen den Präsidenten eine gerichtliche Untersuchung stattfinden könne. (Cerigua) **104 Personen stimmten freilich für die Beibehaltung der Immunität des Präsidenten.**

Zwei Tage später besuchte Präsident Jimmy Morales eine Sondersitzung des Kongresses zur 196. Wiederkehr der Unabhängigkeit des Landes. In seiner Ansprache dankte er für die Entscheidung, da damit die Regierungsfähigkeit Guatemalas gesichert worden sei. Unabhängig davon, was deren persönliche Einschätzung gewesen sei, hätten die Parlamentarier „sachlich“ gehandelt. Während der Sitzung rechtfertigte er sein Handeln in Bezug auf Iván Velásquez, dass er damit die Souveränität des Landes verteidigt habe, kritisierte die Politisierung der Justiz und forderte die Abgeordneten auf, nicht zuzulassen, dass politische Interessen die Demokratie untergraben. (...)

Javier Hernández, Fraktionsvorsitzender der Regierungspartei FCN-Nación, schnappte sich einige Papiere mit der Aufschrift „Der Bonus von 50.000 Q ist illegal!“ und zerriss sie in Stücke. Die Fraktion von Zusammenkunft für Guatemala (EG) um Nineth Montenegro hatte diese überall auf den Sitzen des Parlaments verteilt, kurz bevor die Sondersitzung eingeläutet wurde. Sie bezogen sich auf die acht Schecks über je 50.000 Q [= 5.600 Euro), die das Verteidigungsministerium Präsident Jimmy Morales übergeben hatte – als ausserordentlichen Bonus für die Risiken seines Amtes. Darüber hatte am Tag zuvor ein Internetmedium (*Nomáda*) berichtet. (Cerigua)

## **Erdbeben schädigt 19.000 Menschen im Westen Guatemalas**

**Guatemala, 12. Sept.** Ein Erdbeben der Stärke 7,7 erschütterte in der Nacht des 7. September Teile Guatemalas und schädigte mehr als 19.000 Personen und zerstörte 2.500 Häuser. Betroffen waren nach Angaben der Nationalen Koordination für die Notfallhilfe (CONRED) die westlichen Departements San Marcos und Huehuetenango, aber in geringem Ausmass auch Quetzaltenango, Quiché, Sololá, Suchitupéquez und Totonicapán.

Sergio Cabañas, Exekutivdirektor der CONRED berichtete, dass bis Montag (11.09.) insgesamt 18.810 Betroffene gezählt wurden, darunter 2.572 verschüttete, 224 evakuierte, 34 beherbergte, 557 gesundheitlich behandelte und fünf verletzte Personen. Weiterhin wurden 667 Häuser leicht, 887 Häuser moderat und 1.006 Häuser stark zerstört. In Mitleidenschaft gezogen wurden auch 27 Gebäude, 12 Strassen, 117 Schulen, 10 Kirchen und zwei Brücken. Am heftigsten betroffen ist der Landkreis Tectitán, Departement Huehuetenango. Dies lag an der Sättigung des Bodens aufgrund der Regenfälle und der Instabilität der Hütten aus Adobe und Blech. CONRED sagte weiter, dass die Erdstöße in der ganzen Grenzregion zu Mexiko gespürt werden konnten, wobei das Epizentrum an den Küsten des mexikanischen Pazifiks und im Bundesstaat Chiapas lag.

Die anhaltenden Regenfälle der vergangenen Wochen haben zu Erdrutschen und Überschwemmungen geführt und Schäden in den Departements San Marcos, Guatemala, El Progreso, Zacapa und Alta Verapaz angerichtet.

Im Landkreis San Diego, Departement Zacapa wurden durch Überschwemmungen 125 Personen geschädigt und 25 Häuser beschädigt. Dagegen hat ein Erdrutsch im Sektor II der Siedlung Tecún, Landkreis Chinautla, Guatemala, Schäden an zwei Häusern angerichtet und zwei weitere stehen in Gefahr, Schaden zu nehmen. Insgesamt 24 Personen mussten evakuiert werden. (Cerigua)

## **Biopsia, Sept. 2017, von Diana Vásquez Reyna: Die Fehlinformation kommt von der Regierung**

Der 15. September endete noch vor Mitternacht mit einem Reizgaseinsatz der Polizei gegen DemonstrantInnen, die verhinderten, dass die im Kongress zusammengekommenen Abgeordneten hinaus kämen. Zwei Tage zuvor hatten diese nach Lust und Laune das Strafgesetz geändert, in einem unverschämten #PactoDeCorruptos, wie die Leute das sehr schnell in den Kommunikationsmedien und sozialen Netzwerken identifizierten. Dieser Pakt sah vor, die illegale Finanzierung von politischen Parteien ungestraft zu lassen, die GeneralsekretärInnen der Parteien von der Verantwortung zu befreien, und ganz nebenbei mindestens 400 Delikte ohne obligatorische Gefängnisstrafe zu belassen, darunter Menschenhandel, Kinderpornographie und dass die Korrupten nicht mehr ins Gefängnis gehen.

Die Demonstrationen der BürgerInnen finden bereits seit Wochen statt und häuften sich ab dem 14. September nachmit-

tags, als verhindert wurde, dass die Kadetten der Armee die Nationalfahne auf dem Platz der Konstitution hissten. Was der Präsident als "gewaltsame Akte" ansah, war jedoch die Wiedereroberung des öffentlichen Raums, den die Regierung genau deshalb verschlossen hatte, um die Mobilisierung der Leute zu vermeiden, die protestieren wollen. Die Regierung hatte die Strassen um das Präsidentenhaus und den Nationalpalast mit Metallzäunen abgesperrt, schon bevor die Pläne von Morales bekannt wurden, den CICIG-Leiter Iván Velásquez aus dem Land zu verweisen. Jener hatte zusammen mit der Generalstaatsanwältin Thelma Aldana Beweise vorgelegt, um Ermittlungen gegen Jimmy Morales, damaliger Generalsekretär der Partei, wegen illegaler Finanzierung des Wahlkampfes 2015 zu beginnen.

Seit Morales anfang, gegen Kommissionär Velásquez zu wettern, begannen die Medien, die seine Verwaltung unterstützen, übertrieben zu lügen: von der Bestätigung, dass Velásquez am internationalen Flughafen La Aurora sei, um das Land zu verlassen, bis zu der Verbreitung der Nachricht, dass die Demonstrationen in den Strassen gewalttätig seien. Im öffentlichen Fernsehen und in den Internetportalen, die den Präsidenten unterstützen, verbreiteten sich verschiedene Schlüsselnachrichten: ausländische Einmischung, um die Arbeit der CICIG noch zu stärken; eine "selektive und ideologische Gerechtigkeit von der Linken" gegen Jimmy Morales; eine terroristische Polarisierung, die zu gewalttätigen Demonstrationen führten.

Auf den Strassen wurden agents provocateurs eingesetzt. Einige DemonstrantInnen haben bewaffnete Personen identifiziert, oder welche, die sich verummten, wenn sich die Gemüter erhitzen. Obwohl sie sich auffällig verhalten, verteidigt sie niemand. Der Mehrheit der Leute verummmt ihr Gesicht nicht, weil wir keinen Grund haben, uns zu verstecken. Am 14. September, vor dem Kongress, begann ein Mann zu rufen: "Todesstrafe für die Abgeordneten", niemand unterstützte seine Losung, es entstand ein Schweigen um ihn herum und ein anderer Bürger rief: "Wir wollen für niemanden die Todesstrafe, wir wollen, dass sie zurücktreten".

Die Kommunikationsmedien der Regierung produzierten und verbreiteten ein Video, in dem vermeintlich die Gewalt der DemonstrantInnen erklärt und gezeigt wird. Das gesamte Video scheint eine Montage von Szenen zu sein, wie z.B. der Angriff auf den Polizeidirektor durch eine einzige Person, während alle übrigen DemonstrantInnen auf dem Platz total ruhig waren.

Was in den Kommunikationsmedien bezüglich der Regierung nicht erwähnt wird, ist, dass die DemonstrantInnen den PolizeibeamtInnen, die lange Stunden vor staatlichen Gebäuden standen, Wasser und Essen gebracht haben. Sie erwähnten auch nicht, dass ganze Familien mit ihren Haustieren protestieren und Plakate mit der Aufschrift: "Frei sollst du sein", "Tritt zurück, Jimmy", "Wir wollen keine Entschuldigungen, wir wollen Rücktritte" tragen. Und was die Medien von Morales auch nicht sagen werden, ist, dass er der einzige Gewalttätige der Regierung ist und versucht das Volk zu unterdrücken. Gerüchten zufolge legt er es seit Beginn der Demonstrationen darauf an, einen Ausnahmezustand auszurufen, aber die Leute demonstrieren friedlich und lassen sich nicht provozieren.

## ¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

### Redaktion:

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

### Jetzt auch auf Facebook: [www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

### Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**Achtung:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6